

Pressemitteilung vom 21. Januar 2014

Petitionsmacher fordern mehr Respekt vor demokratischen Rechten

Eine Woche vor Ende der Zeichnungsfrist appellieren die Initiatoren der Petition „Zukunft, Verantwortung, Lernen – Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ an alle Beteiligten, die demokratischen Grundrechte der Unterzeichner mit Respekt zu behandeln. Mit der Petition nehmen sie ihr im Grundgesetz Artikel 17 verbrieftes Petitionsrecht wahr. Ihre Hoffnung richtet sich auf eine vorurteilsfreie Bearbeitung ihres Anliegens im Petitionsausschuss des baden-württembergischen Landtags.

Rohrdorf/Stuttgart – „Das Ausmaß, in dem eine Petition von Seiten der Landesregierung schon im Vorfeld diskreditiert und kaputtgeredet werden soll, ehe sie in dem dafür zuständigen Gremium behandelt wird, hat viele Bürgerinnen und Bürger im Land erschreckt“, berichtet Kathrin Ernsting, eine Sprecherin der Initiative. „Wir wünschen uns, dass das ausgewiesene Ziel des Bildungsplans 2015 von mehr Toleranz auch im Umgang mit den Petitionszeichnern praktiziert wird.“ Es ist ein Verfallszeichen demokratischer Kultur, wenn die Wahrnehmung des Petitionsrechts durch Vorverurteilungen, Verunglimpfungen und Verwerfungen durch gewählte Volksvertreter wie den Ministerpräsidenten, den Kultusminister oder die Sozialministerin bewertet wird, noch bevor die Petition an die zuständige Stelle übergeben ist. **Durch ein solches Vorgehen werden Grundrechte massiv eingeschränkt.**

Die Petition muss – wie jede andere auch – unvoreingenommen geprüft werden. Mit den Argumenten beider Seiten werden sich in einem nächsten Schritt der Petitionsausschuss und dann abschließend der Landtag als gewählte Vertretung des baden-württembergischen Volkes beschäftigen. Jede gezielte Abwehrmaßnahme zum jetzigen Zeitpunkt schränkt das Petitionsrecht und die Meinungsfreiheit der Initiatoren und Petenten ein und ist damit verfassungswidrig!

Wir protestieren, wenn von staatlicher Stelle abwertende Aussagen über die Petitionszeichner gemacht werden. Wir fordern zu einer sachlichen Auseinandersetzung auf. Wir wünschen, dass Petitionen als wirksames politisches Mittel der Bürgerbeteiligung auch in der Praxis erhalten bleiben. Wir bedauern, wenn nach den öffentlichen Aussagen von staatlicher Seite und dem unfairen Vorgehen gegen die Petition zum Bildungsplan 2015 Bürgerinnen und Bürger künftig davor zurückschrecken, Petitionen einzureichen. Es ist fatal, wenn die Politik „links blinkt“ und zur „Bürgerbeteiligung“ auffordert, aber dann „rechts abbiegt“ und versucht, Andersdenkende zum Schweigen zu bringen oder in die rechtsradikale oder fundamentalistische Schublade zu stecken, wenn sie sich trauen, ihre Grundrechte wahrzunehmen.

Die Petition kann noch bis zum 27. Januar 2014 unter petition.bildungsplan2015.de gezeichnet werden. Bürgerinnen und Bürger können sich unter www.bildungsplan2015.de informieren.

Unser Presseteam erreichen Sie unter:

presse@bildungsplan2015.de

P.S. Nach der letzten Pressemitteilung (17.01.2014) wurden ohne Vorankündigung in der Nacht zu Samstag fast 10% der Unterschriften auf der Online-Plattform openPetition gelöscht. Die Unterschriftenzahl von 154.000 verringerte sich dadurch um knapp 14.000 Unterschriften. Nach Angaben von openPetition hat eine einmalige Bereinigung der Adressdaten stattgefunden. Grund für die einmalige Bereinigung seien gefälschte Unterschriften aus dem Ausland. Jede Maßnahme gegen Missbrauch begrüßen wir. In der Zwischenzeit haben uns allerdings zahlreiche E-Mails erreicht, dass Stimmen gelöscht wurden, die der Realität entsprechen. Wir werden die Situation klären und Sie darüber informieren.